



Kathrin Senger-Schäfer

Mitglied des Deutschen Bundestages
Medienpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon 030 227 – 75769
Fax 030 227 – 76766
E-Mail: kathrin.senger-schaefer@bundestag.de

Pressemitteilung

Morgen beschließen die Ministerpräsidenten der Länder über die Zukunft der Rundfunkgebühr und den Jugendmedienschutz im Internet. Beides hat weitreichende Folgen.

Die Umstellung der Gebühr auf eine Haushaltsabgabe für alle – unabhängig vom Vorhandensein eines Empfangsgeräts – in Höhe von einheitlich 17,98 Euro im Monat bedeutet die Einführung einer allgemeinen Zwangsabgabe für den Rundfunkempfang. Ein insgeheim im Haus Kurt Becks (SPD) vorbereiteter Entwurf für einen neuen Rundfunkgebühren-Staatsvertrag belegt entgegen aller anderslautenden Bekundungen: Die GEZ bleibt erhalten. Sie wird lediglich in Rundfunkservicezentrale umbenannt. Auch die Gebührenschnüffelei wird unter dem Mantel ‚Wer ist Haushaltsinhaber?‘ fortgesetzt. Zudem wird die Datensammelwut der GEZ massiv ausgeweitet.

Beim Jugendmedienschutz im Internet sind die Vorgaben ähnlich unsinnig und obrigkeitlich. Nationale Sendezeiten und Kontrollvorschriften für ein globales Medium vorzuschreiben, grenzt an Größenwahn. Bei Zuwiderhandeln sollen Internetsperren durch die Hintertür eingeführt werden.

Die Medienpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag erklärt: „Wir lehnen den obrigkeitlichen Rundfunkgebührenstaat ebenso ab wie die Regulierungswut von Provinz-Ministerpräsidenten für das Internet. Die Rundfunkgebühr gilt es sozial gerecht und für alle akzeptabel auszugestalten. Wer kein Rundfunkgerät besitzt, soll auch nicht zahlen müssen. Das Internet gilt es als freien und offenen Kommunikationsraum zu erhalten. Das Jugendmedienschutzregime des Rundfunks ist untauglich zur Regulierung des Netzes. Kinder, Jugendliche und Eltern müssen lernen, wie mit dem Medium umzugehen ist. Dazu bedarf es Medienkompetenz.“

Berlin-Ludwigshafen, den 9. Juni 2010